

Kleine Anfrage der Fraktion der CDU

Förderung orts- und stadtteilbezogener Maßnahmen in Bremen und Bremerhaven

Im Land Bremen existiert ein ausdifferenziertes Angebot an Förderprogrammen für orts- und stadtteilbezogene Maßnahmen in den Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven. Maßnahmen zur Verbesserung des städtebaulichen Wohnumfelds sowie der sozialen und kulturellen Infrastruktur in den Quartieren können beispielsweise – je nach Förderatbestand – aus den jeweiligen Ressorthaushalten, über die Globalmittel für orts- und stadtteilbezogene Maßnahmen („Beiratsmittel), durch die Stiftung Wohnliche Stadt, im Rahmen der Programme „Impulsgelder für lebenswerte Städte“, „Impulse für den sozialen Zusammenhalt“ und „Wohnen in Nachbarschaften“ (WiN) sowie im Rahmen des Bundesprogramms „Soziale Stadt“ finanziert werden. Häufig werden die verschiedenen Fördertöpfe untereinander kombiniert. Teilweise werden die geförderten Projekte von privaten Initiativen und Vereinen kofinanziert.

Insgesamt ist die Bremische Förderkulisse wenig transparent, zumal sich die Fördertatbestände der Programme in vielen Bereichen überschneiden, für die Antragstellung aber je nach Programm unterschiedliche Kriterien und Zuständigkeiten gelten. Der Zuwendungsbericht gibt zwar einen Überblick über die den Zuwendungsempfängern gewährten institutionellen Zuwendungen und Projektförderungen, er schlüsselt jedoch nicht nach der exakten Mittelherkunft auf und kann somit nur bedingt zu mehr Transparenz beitragen. Inwieweit die geplante Einführung einer zentralen Zuwendungsdatenbank die Transparenz erhöhen wird, bleibt abzuwarten und hängt von der konkreten Ausgestaltung der Datenbank ab.

Wir fragen den Senat:

1. Welche Fördermöglichkeiten für orts- und stadtteilbezogene Maßnahmen, aufgeschlüsselt nach dem jeweiligen Förderprogramm bzw. Haushaltstitel, gibt es im Land Bremen, wer ist dafür jeweils antragsberechtigt, welche Maßnahmen sind jeweils förderfähig und wer ist jeweils für die Bearbeitung und Bewilligung der Förderanträge zuständig?
2. Wie haben sich die einzelnen Haushaltsansätze zur Finanzierung bzw. Förderung orts- und stadtteilbezogener Maßnahmen in Bremen und Bremerhaven einschließlich der o. g. Programme im Zeitraum 2010-2013 jeweils und in Summe entwickelt (bitte aufschlüsseln nach Landes- und stadtbremischem Haushalt)?

3. Wie haben sich die neu bewilligten und tatsächlich ausgereichten öffentlichen Zuschüsse für orts- und stadtteilbezogene Maßnahmen in Bremen und Bremerhaven in den letzten drei Jahren in Summe entwickelt (bitte aufschlüsseln nach Landes- und kommunalen Mitteln)?
4. Wie hat sich der geplante Förderrahmen laut Wirtschaftsplan der Stiftung Wohnliche Stadt in den letzten drei Jahren entwickelt (bitte aufschlüsseln nach den Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven)?
5. Wie haben sich die neu bewilligten und tatsächlich ausgereichten Fördermittel der Stiftung Wohnliche Stadt in den letzten drei Jahren in Summe entwickelt (bitte aufschlüsseln nach den Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven)?
6. Welche orts- und stadtteilbezogenen Projekte wurden in den letzten drei Jahren in welcher Höhe öffentlich bzw. über die Stiftung Wohnliche Stadt gefördert bzw. kofinanziert (bitte aufschlüsseln nach den Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven, dem jeweiligen Beiratsgebiet bzw. Ortsteil und den jeweiligen Mittelempfängern)? Wie hoch war das jeweilige Gesamtinvest und aus welchen Finanzierungsquellen (einschließlich Eigenanteil und privater Mittel) wurde dieses jeweils in welcher Höhe aufgebracht?
7. Wie viele orts- und stadtteilbezogene Projekte wurden in den letzten drei Jahren aus mehr als einem Förderprogramm bzw. Haushaltstitel gefördert, aufgeteilt nach der Anzahl der Programme bzw. Haushaltstitel?
8. Hält der Senat eine Vereinfachung der Förderkulisse zur Finanzierung orts- und stadtteilbezogener Maßnahmen, z. B. durch Vereinheitlichung von Förderkriterien und die Zusammenlegung von Programmen, für sinnvoll? Wenn ja, welche Möglichkeiten sieht er hierfür? Wenn nein, warum nicht?

Silvia Neumeyer, Gabriela Piontkowski, Thomas Röwekamp und die Fraktion der CDU